

Antrag 69/II/2025**KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Parteivorstand möge beschließen:****Abschieben um jeden Preis? Keine Verhandlungen mit Terrorregimen!**

1 Die SPD-Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag werden aufgefordert
 2 sofort die Planungen des Bundesinnenministeriums zu
 3 stoppen, nach denen mit den Taliban als de facto Re-
 4 gime Afghanistans bezüglich Abschiebungen nach Afgha-
 5 nistan verhandelt werden soll. Entsprechend werden Ab-
 6 schiebungen und/oder sonstige Rückführungen nach Af-
 7 ghanistan sofort ausgesetzt und bleiben auch ausgesetzt.
 8 Afghanistan wird nicht als sog. "sicheres Herkunftsland"
 9 geführt oder de facto als solches behandelt. Diplomati-
 10 sche Beziehungen werden nicht mit der Taliban aufge-
 11 nommen. Die Aufnahme afghanischer Ortskräfte wird
 12 schnellstmöglich und mit Nachdruck umgesetzt; wie auch
 13 bereits seitens des VG Berlin in mehreren Verfahren ent-
 14 schieden.

16

Begründung

18 Seit ihrer wiederholten Machtergreifung üben die Taliban
 19 ein menschenverachtendes Terrorregime in Afghanistan
 20 aus. Mädchen, Frauen, queere Menschen, Regimegeg-
 21 ner*innen und religiösen Minderheiten werden grundle-
 22 gende Menschenrechte verwehrt. Der nicht mehr exis-
 23 tente Zugang zu Bildung für Mädchen und Frauen ist
 24 nur eines von unzähligen Beispielen. Die Pläne des CSU-
 25 geführten Bundesinnenministeriums Verhandlungen mit
 26 den Taliban aufzunehmen, um Abschiebungen durchfüh-
 27 ren zu können, entspricht in keiner Weise den Prinzipi-
 28 en einer wertebasierten Außenpolitik. Mit Terrorist*in-
 29 nen verhandelt man nicht, niemals und nirgendwo. Die
 30 Aufnahme von Verhandlungen legitimiert dieses Terror-
 31 regime und schwächt die Position der Bundesrepublik
 32 Deutschland in ihrem Einsatz für Frieden, Menschenrech-
 33 te und Demokratie in Afghanistan. Dies ist nicht hinnehm-
 34 bar und kann nicht durch postulierte, vermeintlich posi-
 35 tive Effekte von Abschiebungen und/oder Rückführungen
 36 begründet werden.

37 Darüber hinaus kann für nach Afghanistan abgeschobene oder dorthin zurückgeführte Menschen nicht sicherge-
 38 stellt werden, dass Leib und Leben vor Ort nicht gefähr-
 39 det sind. Dies verletzt die Grundsätze der in der Bundes-
 40 republik Deutschland festgelegten Praxis zu Abschiebun-
 41 gen und Rückführungen und europäische Rechtsprechung
 42 - ganz unabhängig davon, ob und in welchem Maße man
 43 Abschiebungen grundsätzlich befürwortet.
 44 Nicht zuletzt müssen wir feststellen, dass das Vorhaben
 45 nach Afghanistan abschieben weder erfolgversprechend
 46 ist, noch messbare, positive Effekte haben wird, noch in

Empfehlung der Antragskommission**Annahme; Weiterleitung an PV und Landesgruppe im T (Konsens)**

48 irgendeiner Form das Voranschreiten des Faschismus in
49 Deutschland aufhalten kann. Es ist menschenunwürdig
50 und rechter Populismus in Reinform.